

# Das Honigkuchenpferd

**Weshalb sich der Thüringer Oppositionsführer und CDU-Landesvorsitzende Mike Mohring momentan sein Grinsen nicht verkneifen kann**



Mike Mohring ist Fraktionschef der CDU im Thüringer Landtag und zugleich Landesvorsitzender der Partei. Foto: Sascha Fromm

Von Jörg Riebartsch, 05.08.2017

Gera. Das Honigkuchenpferd - es besteht meist aus Lebkuchen und trägt sein Grinsen aus Zuckerguss. Am Freitag kam Mike Mohring, seinem Geburtstag nach zu knapp für den Status des Christkinds vorgeprescht, aus dem Grinsen nicht mehr raus: Umfragen, veröffentlicht in der OTZ, sehen seine Partei, die Thüringer CDU, dicht dran am Wiedergewinn aller Direktmandate zur Bundestagswahl im September. In einer aktuellen Wahlbefragung wird in gut zwei Jahren zudem bei der Landtagswahl Ministerpräsident Bodo Ramelow (Linkspartei) mit seinen Partnern SPD und Grüne die Mehrheit einbüßen. Und die rot-grüne Koalition im Flächenland Niedersachsen verlor Freitag auch noch ihre Mehrheit.

Die CDU hat einen Lauf.

Das war lange nicht so. Die Union stellte kaum noch Ministerpräsidenten - bis zum Jahr 2017. Da kam die Trendwende. Das macht Parteigängern Laune, zumal, wenn man Landesvorsitzender seiner Partei ist. Wie Mohring.

Was die Umfragewerte zur Bundestagswahl angeht, ist die Freude des Mannes aus Apolda, Jahrgang 1971, jugendlicher wirkend, ungekünstelt. Es sei "spannend" zu beobachten, wie stark der Zuspruch zu Bundeskanzlerin Angela Merkel sei. Nach dem kurzzeitigen Hype für SPD-Herausforderer Martin Schulz, will Mohring beobachtet haben, ist die CDU-Chefin "ruhig geblieben, hat sich nicht kirre machen lassen".

Direktmandate sind ein Muss

Zwei Auftritte wird die Kanzlerin in diesem Wahlkampf noch in Thüringen haben. Das soll helfen, der CDU die Direktmandate im Freistaat wieder zu sichern. Es wird diesmal eines weniger sein. Thüringen musste einen Bundestagswahlkreis an das Nachbarbundesland Hessen abtreten. Acht direkt gewählte Abgeordnete wird es dann nur noch aus dem kleinen Flächenstaat für Berlin geben. Am liebsten alle für die CDU. Mohring räumt ein: "Ja. Die Direktmandate sind ein Muss für uns."

Jenseits des Hoffens auf den großen Wahlerfolg betont der Chef der Thüringer Union, wie sehr sein Verband Einfluss auf das Wahlprogramm der Bundespartei genommen habe. Nicht frei von Eitelkeiten lässt er dabei gern einfließen, dass er nicht nur Mitglied des Bundesvorstands ist, sondern auch Vorsitzender der CDU-Fraktionsvorsitzenden-Konferenz. "Damit hat man richtig Arbeit", hatte er der OTZ vor ein paar Monaten erzählt. Dem Bundesvorstand gehört Mohring aber nur noch an, weil er Landeschef in Thüringen ist. Er profitiert da von einem Automatismus seiner Partei.

Mittlerweile scheint sich Mohring im Schatten von Merkel wieder etabliert zu haben. Drei Themen, zählt er auf, habe man aus dem kleinen Freistaat ins Wahlprogramm für die große Wahl am 24. September eingebracht: die gesetzlich verankerte Hortbetreuung, die Sicherung der Zukunft der ländlichen Räume und die Forderung nach mehr Polizei zur Stärkung der Inneren Sicherheit.

"Wir wollen einen Rechtsanspruch, mit dem die Hortbetreuung im Grundschulalter sichergestellt wird", sagt er. Familienpolitik von "dem Junggesellen", wie er auf der politischen Bühne in Erfurt zuweilen spöttelnd beschrieben wird.

Wieder ein Gesetz aus Berlin, das den Kommunen zur Last fällt? Mohring schüttelt den Kopf. "Der Bund muss hier ganz klar in die Finanzierung mit einsteigen. Da bei uns die Hortbetreuung in der Grundschule besser als im Westen läuft, wollen wir als Thüringer CDU, dass dieser Anspruch auf die fünften und sechsten Klassen ausgedehnt wird." Ganztagschule durch die Hintertür? Ganztagschule, dieser Begriff ist für die CDU doch wie das Verbot der Erwähnung von Lord Voldemort bei Harry Potter. "Nein, nein", wehrt der Fraktions- und Parteichef ab, "der Besuch der Horte wird ja ein freiwilliges Angebot sein. Das wird keine verpflichtende Ganztagschule." Weil Thüringen viel ländlichen Raum zu bieten hat, ist der CDU das Thema offenbar ein Herzensanliegen. Der Bund soll unterstützen, dass das Leben auf dem Land attraktiv bleibt. Es dürften keine demokratieleeren Räume entstehen, findet Mohring.

Beim Thema Innere Sicherheit fordert der Thüringer Parteichef 15 000 neue Stellen für die Polizei in Bund und Ländern. Das Strafrecht müsse so angepasst werden, dass bei Gewalt gegen Rettungskräfte Haftstrafen für die Täter möglich seien.

Wie wird Mohring denn im Falle eines Wahlsieges der CDU im Bund auf den Ruf aus Berlin reagieren? Das Honigkuchenpferd ist wieder im Einsatz und grinst: "Da wird kein Ruf kommen." Sicher? "Ganz sicher!"

Wenn tatsächlich im Jahr 2019 nach der Landtagswahl in Thüringen eine Regierungsbildung ohne die CDU nicht möglich wird, wer wird denn dann Ministerpräsident? Das Honigkuchenpferd ist immer noch im Einsatz. Es grinst. Ganz breit. Man merkt dem Politiker an, dass er jetzt nicht den Standardsatz "Das entscheidet meine Partei" aus der gedanklichen Schublade vorgestanzter Worthülsen herauskramen will. Ist denn Mohring überhaupt geeignet? Jetzt wechselt der Gesichtsausdruck verdächtig in gequält. "Natürlich", spricht der Angesprochene, "sollte sich der Vorsitzende der einzigen Volkspartei und der Oppositionsführer im Landtag zutrauen, dieses Amt auszuüben. Und die Partei, die ihn in diese Funktion gewählt hat, dürfte es auch tun."

Einstweilen geht es um die Oppositionspartei. Und mit den Fehlern der Landesregierung vergnügt sich der Fraktionsvorsitzende ganz offensichtlich. Die Gebietsreform, findet er, "da ist die Regierung doch krachend gescheitert." Wirklich? Immerhin hat der Thüringer

Verfassungsgerichtshof das sogenannte Vorschaltgesetz nur für nichtig erklärt, weil es nicht verfassungskonform entstanden ist. Ansonsten hatten die Richter der Landesregierung bescheinigt, dass sie eine Gebietsreform machen und die erforderlichen Spielregeln festlegen darf.

#### Schönreden der Landesregierung

"Halt", mahnt da Mohring und droht mit dem rechten Zeigefinger, "da darf man nicht auf das Schönreden der Ramelow-Regierung reinfallen." Natürlich sei es nicht auszuschließen, dass man eine Gebietsreform machen dürfe. Aber man müsse schon einmal den genauen Wortlaut des Klage-Antrags der CDU-Landtagsfraktion gegen das Vorschaltgesetz durchlesen. Und da ginge es ja darum, das Vorschaltgesetz zur Einleitung der Gebietsreform für nichtig zu erklären. "Diesem Antrag hat das Gericht einstimmig stattgegeben."

Der Abgeordnete läuft jetzt warm, was nicht nur an den Außentemperaturen liegt: "Es gibt doch nur untaugliche Versuche des Innenministers und von Ramelow selbst, bei der gescheiterten Gebietsreform etwas zu retten." Sie wird, da ist er sicher, in dieser Legislaturperiode nicht mehr machbar sein. Allein die notwendigen Zeitpläne, rechnet der Oppositionelle vor, seien doch nicht mehr zu halten. "Und jetzt will man auch noch die Direktwahlen aussetzen und damit abschaffen", moniert der Christdemokrat. Das ist eine Anspielung auf den Umstand, dass beispielsweise der Landrat des Saale-Orla-Kreises, Thomas Fügmann (CDU), bereits im Januar nächsten Jahres zur Wiederwahl ansteht. Auch Martina Schweinsburg (ebenfalls CDU), Thüringens Jeanne d'Arc der kommunalen Selbstverwaltung, hat als Landrätin des Kreises Greiz eine Wahlperiode, die endet - und zwar im Juni 2018. Mohring schüttelt den Kopf, zieht die Schultern hoch - und lässt das Honigkuchenpferd wieder aus dem Stall.

Die Überlegung der rot-rot-grünen Landesregierung, die Direktwahl der Landräte dadurch aufzuheben, dass man die Kreistage über die Verlängerung der Amtszeiten dieser Personalien entscheiden lässt, ärgert ihn gründlich. Aber als Oppositionspolitiker amüsiert ihn natürlich auch die Reaktion der Landrätin im Altenburger Land: Michaela Sojka gehört nämlich der im Land regierenden Linkspartei an und hat selbst im Kreistag überhaupt keine Mehrheit. Das ist ihr natürlich aufgefallen und hat sie deshalb auch nicht für sich behalten wollen.

Zu der Überlegung, die Amtszeit der direkt gewählten Landräte praktisch per Landesdekret zu verlängern, gibt es auch schon ein Kurzgutachten des Düsseldorfer Rechtswissenschaftlers Martin Morlok. Kann man rechtlich machen, findet er, beeinträchtigt aber das Demokratieprinzip. Mohring hat's gelesen und lehnt sich entspannt im Gartenstuhl zurück. Er kann einfach abwarten, bis Rot-Rot-Grün in die nächste Falle tappt. Das Honigkuchenpferd wartet jedenfalls schon am Gatter.